



SGV e.V. • Geschäftsstelle • Goethestr. 4 • 63679 Schotten

An die Presse

Mit Bitte um Veröffentlichung

Datum 02.07.2017

Ihr Schreiben
Ihr Aktenzeichen

SGV Geschäftsstelle
Goethestr. 4
63679 Schotten
Tel. 0170/2037091
info@sgv-ev.de
www.sgv-ev.de

Vorsitzende
Cécile Hahn

2. Vorsitzender
Heiko Stock

Schriftführer
Walter Pfeifer

Schatzmeister
Peter Weiß

Beisitzer
Gudrun Huber-Kreuzer
Matthias Kalkhof
Beate Werm
Gabriele Geiß

Fraktionen stimmen etlichen SGV-Forderungen in Landtagssitzung zu - Nachhaltige Wasserversorgung Rhein-Main braucht jetzt mutige politische Entscheidungen

Mit der gestrigen Protokollveröffentlichung ist es jetzt offiziell: Die Forderungen der SGV und der mit ihr verbundenen Naturschutzverbände sind im Hessischen Landtag angekommen. In der Sitzung am 31. Mai, an der die SGV und die Aktionsgemeinschaft 'Rettet den Burgwald' beobachtend teilnahmen, befürworteten fast alle Fraktionen wichtige Eckpunkte des Papiers, das die beiden Verbände kurz zuvor eingereicht hatten (*Papier s. Anlage*).

So herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass der Klimawandel und die demografische Entwicklung sowohl die Politik als auch die Aufsichtsbehörden und die Ballungsraum-Kommunen zu einem Umsteuern in der bisherigen Wasserversorgung Rhein-Main zwingen. Künftig werde es ein wachsendes Defizit zwischen dem Fernwasserdargebot aus dem Naturraum und dem steigenden Wasserbedarf des Ballungsraums geben. Für das Bewältigen dieses Worst-Case müssten innovative Lösungen her. Zudem müsse seitens der Nutznießer von Fernwasser ein Lastenausgleich für die Fernwassergewinnungsgebiete gefunden werden.

Bündnis 90/Die Grünen setzt dabei große Hoffnungen auf den aktuell laufenden Leitbildprozess für eine nachhaltige Wasserversorgung, an dem die SGV und die anderen Verbände intensiv mitarbeiten. Geht es nach den Grünen, muss sich die Absicherung der Wasserversorgung Rhein-Main mit einem gleichzeitigen Senken des ökologischen Risikos in den Fernwassergewinnungsgebieten verbinden lassen. Einen wichtigen Beitrag solle künftig hierzu die verstärkte Eigenversorgung des Ballungsraumes leisten. MdL Angela Dorn: „Nicht für alle Anwendungen braucht es zwingend Trinkwasser. Hier gibt es eine Menge Potenziale, die noch zu heben sind.“

Zur Minimierung der kommenden Risiken rief auch die CDU auf. Geeignete Maßnahmen seien z.B. das Reaktivieren bzw. Anlegen Verbrauchsgebiets-eigener Wassergewinnungsanlagen und die verstärkte Nutzung alternativer Wasserressourcen. Schließlich bedürfe im Rhein-Main-Gebiet 60% des verwendeten Wassers keiner Trinkwasserqualität. Und so könnte es durchaus sein, dass diese Wasserversorgung aus Grundwasservorkommen ohne Schutzzonen oder Oberflächenwasser erfolgt, wodurch sich die Lieferung aus den (Fernwasser-) Liefergebieten deutlich entspannen würde.

MdL Dirk Landau: „Wasserentnahme zur Nutzung ist zweifelsfrei immer ein Eingriff in die Natur.“ Und: „Wir wollen die Wasserförderung durch umfassende technische Lösungen und Diversifizierung des Angebotes umweltverträglich gestalten...Damit stellen wir auch sicher, dass die Entnahme zwar Folgen hat, aber keine Schäden verursacht.“

Die Kritik an der Genehmigung des Wasserexportes aus dem Wohratal nach Rhein-Main griff die Linke auf. Das vorschnelle Schaffen von solchen Fakten torpediere den durchaus sinnvollen Leitbildprozess. Man müsse künftig zudem die langen Genehmigungszeiträume von 30 Jahren kürzen, da diese mit den Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel unvereinbar seien. Es brauche Mut zuzugeben, dass wir uns eine solch lange Laufdauer für Fördergenehmigungen nicht mehr leisten können. Sehr konkret wurde MdL Marjana Schott beim Thema Brauchwasser: „Warum können immer noch Baugebiete ausgewiesen werden, in denen es nicht verpflichtend Brauchwasseranlagen gibt und in denen nicht nach den neuesten ökologischen Erkenntnissen gebaut wird?“ Der Landtag könne das Bauplanungsrecht dahingehend abändern. Denn: „Die (ökologischen) Schäden, die unsere Wasserversorgung anrichtet, die Schäden, die dadurch entstehen, dass wir nach wie vor im 21. Jahrhundert unsere Toiletten mit Trinkwasser spülen, sind ... eigentlich irreparabel und längst nicht mehr zeitgemäß.“ Ferner verschärfte kurzfristige Maßnahmen wie verstärkter Fernwasserimport die ansteigende Problemkonzentration für die hessischen Städte und führten dazu, dass sich die Einwohnerinnen und Einwohner im ländlichen Raum als Bürger und Bürgerinnen zweiter Klasse fühlen.

Eher allgemein forderte die SPD mehr Vorrang und politische Verantwortung des Landes für die nachhaltige Verwaltung der Ressource Wasser, negiert aber die Chancen, die der Leitbildprozess für eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung bietet. Aber auch sie sieht in der verstärkten Selbstversorgung des Rhein-Main-Gebiets eine Lösung der künftigen Wasserprobleme. Zudem sollten Wohn- und Arbeitsorte auf dem Land verbleiben, dort, wo es genügend sauberes Wasser gibt. MdL Angelika Löber: „Für die in den Wasserregionen lebenden Menschen rechnet sich die Zufuhr von Wasser ins Rhein-Main-Gebiet nicht. Die Entwicklung der Regionen muss sich deshalb auch nach dem Vorkommen des Wassers richten...in einer Zeit der Globalisierung und Digitalisierung ist es nicht mehr wirklich erheblich, wo sich der Arbeitsplatz tatsächlich befindet. So kann Landflucht eingedämmt und kostbares Trinkwasser entsprechend seinem natürlichen Vorkommen genutzt werden.“

Die FDP ist dagegen der Ansicht, dass die skizzierten Wasserprobleme nicht existieren. MdL Jürgen Lenders „Wir sind in Hessen, was die Wasserversorgung angeht, hervorragend aufgestellt. Wir haben keine Probleme, und wir brauchen schon gar keine Lösungsansätze, wie sie Frau Löber eben für die SPD-Fraktion skizziert hat. Sie hat gefordert, dass es jetzt immer eine Priorisierung des Wassers bei allen Baumaßnahmen und auch bei allen anderen Maßnahmen geben soll. Das wird mit der FDP mit Sicherheit nicht zu machen sein.“ Damit befindet er sich allerdings im Widerspruch zum bereits im WHG gesetzlich festgelegten Vorrang von Wasserversorgung und Wasserschutz gegenüber konkurrierender Nutzung.

Überaus interessant waren auch die abschließenden Ausführungen der von Umweltministerin Priska Hinz, die noch vor drei Jahren den von der SGV geltend gemachten Handlungsbedarf nicht sehen wollte. Am 31.5. sagte sie: „Natürlich haben wir bei der Grundwassernutzung Konflikte, vor allem was die Frage der Ressource Trinkwasser angeht: Wo wird das Trinkwasser genutzt? Für wen wird es genutzt? Wo wird es hingepumpt?“ Und „Ein wichtiges Thema wird der Umgang mit Brauchwasser sein. Ich glaube, auch da kann man noch einiges machen, was heute so nicht stattfindet. Man muss nicht immer Grundwasser oder Trinkwasser für alle Bereiche nehmen, für die wir Wasser brauchen. Hier können neue Ansätze gefunden werden, um den Druck auf die Wasserressourcen zu verringern.“

Ein Jahr und 3 Monate vor der Landtagswahl und nach 5 Jahren unermüdlichen Thematisierens seitens der SGV steht die Klimaanpassung der Wasserversorgung Rhein-Main nunmehr endlich ganz oben und parteiübergreifend auf der politischen Tagesordnung. Allerdings werden die Landtagsabgeordneten, die sich u.a. bei der Versorgung mit Nicht-Trinkwasser einig zu sein scheinen, bei ihren kommunalen Kolleginnen und Kollegen zwischen Frankfurt, Wiesbaden und Darmstadt, Gießen und Marburg noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen.

Denn diese nehmen ihre Verantwortung für eine Wasserwende bislang noch nicht sonderlich ernst, sondern überlassen ihre Wasserbedarfsplanung und Wasserbeschaffung der Hessenwasser GmbH & Co. KG. Wasserversorger wie Hessenwasser, Mainova, OVAG oder ZMW haben gegenüber der SGV dagegen wiederholt erklärt, dass eine Reform der Wasserversorgung eine politische Entscheidung sei, und dass sie dafür die falschen Ansprechpartner seien. SGV und die Aktionsgemeinschaft Rettet den Burgwald wenden sich daher in den nächsten Monaten verstärkt den Parlamenten in Wasserverbrauchsgebieten zu, um diese vom Handlungsdruck für die fällige Klimaanpassung zu überzeugen.

Alle Zitate aus: 19. Wahlperiode Plenarprotokoll 19/107 HESSISCHER LANDTAG 31. 05. 2017 107. Sitzung

Cécile Hahn, Vors. SGV

Dr. Anne Archinal, Vors. AG Rettet den Burgwald